

DIE AMEISE

VERBANDSORGAN DER PORZELLAN- UND VERWANDTEN ARBEITER UND ARBEITERINNEN

IMMER ◦ STREBE ◦ ZUM ◦ GANZEN ◦ UND ◦ KANNST ◦ DU ◦ SELBER ◦ KEIN ◦ GANZES ◦ WERDEN
ALS ◦ DIENENDES ◦ GLIED ◦ SCHLIESS ◦ AN ◦ EIN ◦ GANZES ◦ DICH ◦ AN

REDAKT. U. EXPED.: CHARLOTTENBURG, ROSINEN-STR. 3

PRIVAT-POSTABONNEMENT: PRO VIERTELJAHR 2 MARK

No. 33

Charlottenburg, Freitag, den 17. August 1906

Jahrg. 33

Sperrn.

Vollsperrn in Deutschland: Blechhammer (S. Böhner). Elsterwerda (Steingutfabrik). Friedrichshagen (Agnes Gladenbeck). Güttengrund (Kauschert). Lauf (Fritz Krug). Mitterteich (Julius Rother & Co). Neuhalbensleben (Sauer & Koloff, Deutsche Steingutfabrik vorm. Gebr. Hubbe). Nürnberg (Goldschmidt). Rathenow (Heidepriem). Reichenbach. Stogheim. Wunsiedel.

Halbsperrn in Deutschland: Alexandrinental (Rechnagel). Bonn (Mehlem). Düsseldorf (Wortmann & Elbers, Emaillierwerk). Flörsheim a. Main. Freienorla. Gräfenroda (Seene, Heißner, Eckert & Menz). Ramenz i. Sachsen (Bogt). Königszelt. Kranichfeld. Neustadt b. Coburg. Deslau. Passau. Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Schweidnitz. Sörnewitz. Stanowitz. Lettau. Triptis.

Sperrn in Oesterreich: Brünn für Maler. Briesen bei Bilin (Nestler & Co.). Fünfkirchen. Gutendorf in Südb. Steiermark (Wessely & Co.). Jokes (Porzellanfabrik). Lboje bei Gili in Steiermark (Schüg). Klösterle. Oberlaa bei Wien (Pilar).

Partei Vorstand und Gewerkschaften.

= Der Konflikt, der sich wegen des Massenstreiks zwischen dem Parteivorstand und den Zentralgewerkschaften entsponnen hat, wird zweifellos durch das unbegreifliche und unglaublich untaktische Vorgehen des Parteivorstands eine weitere Verschärfung erfahren. Wie wir schon in Nr. 28 unseres Blattes berichteten, veröffentlichte die „Einigkeit“, das Organ der lokalorganisierten Gewerkschaftler, aus dem Protokoll der nicht öffentlichen Konferenz der Zentralvorstände im Februar dieses Jahres einige Stellen, aus denen hervor gehen sollte, daß der Parteivorstand in einer Aussprache mit der Generalkommission seine Ansichten bezüglich des Massenstreiks geändert habe. Man schuf einen Gegensatz zwischen dem, was der jenaer Parteitag als für die Propagierung des Generalstreiks notwendig fest legte und den jetzt geäußerten Auffassungen des Parteivorstandes. Aus diesen Veröffentlichungen wuchs dann der Spektakel hervor, der immer größeren Umfang an zu nehmen droht. Und weil eben die Grenzen des Konflikts immer weitere werden, besteht die dringende Gefahr, daß man den eigentlichen Kern der ganzen Frage immer mehr übersteht und bestrebt ist, die Diskussion auf ein Gebiet zu lenken, wo sie eigentlich gar nicht hin gehört.

Eins muß doch bei dem ganzen Konflikt unverrückbar fest gehalten werden: Der Streit drehte sich anfänglich nicht darum, was man auf der Gewerkschaftskonferenz über die Partei sagte, sondern durch jene indiskreten Veröffentlichungen sollte in erster Linie der Genosse Bebel und mit ihm der Parteivorstand getroffen werden. Nicht die Gewerkschaftsredner beschuldigte man des Verrats an der Partei, sondern Bebel soll gegenüber der jenaer Resolution über den Massenstreik seine Ansicht in diesem Punkt in einer Weise korrigiert haben, die ihn für seinen Posten ferner untauglich machen sollte. Und in Konsequenz dieses Vorwurfs drehten sich ja auch die nun folgenden Erklärungen des Parteivorstands und der Generalkommission darum: Was hat Bebel anlässlich jener Februar-Besprechung des Parteivorstandes mit der Generalkommission gesagt? Die Vertreter der Generalkommission behaupten, der Parteivorstand wollte erklären, daß er an keine Propagierung des Generalstreiks denke und Genosse

Bebel betont, nur gemeint zu haben, daß gegenwärtig an eine Vorbereitung des Massenstreiks nicht zu denken sei. Diese Auffassung, hieß es dann in Parteiblättern, verstoße durchaus nicht gegen die jenaer Resolution. Freilich, auch darüber könnte man anderer Meinung sein, aber zweifellos würde jene Erklärung der Parteipresse dem Vorstand genügen können. Aber durch jene Erklärungen wurde die Sache keineswegs geklärt, da jede Partei auf ihrer Aussage bestehen blieb. Und allgemein empfand man auch in den Kreisen der Parteigenossen — ohne dabei jedoch dem Parteivorstand irgend ein Mißtrauen entgegen zu bringen, wie ja die Ehrlichkeit auf beiden Seiten nicht anzuzweifeln ist — dieses Gefühl des Unbefriedigtseins. Man wünschte weiteres Material. In richtiger Erkenntnis des Kerns der Streitfrage verlangte eine Parteiversammlung in Leipzig denn auch die Bekanntgabe des Protokolls jener Besprechung, die der Parteivorstand mit der Generalkommission im Februar gepflogen hatte. Aber über diese Besprechung wurde — wenn wir recht unterrichtet sein sollten — ein Protokoll nicht geführt, da es eine keine Partei verbindliche Auseinandersetzung war. Dem Wunsche der Parteigenossen in Leipzig konnte also bedauerlicher Weise nicht Rechnung getragen werden. Wir sagen bedauerlicher Weise. Wäre es möglich gewesen, jenem Wunsche nach zu kommen, wir würden klarer in den Widerstreit gegenteiliger Behauptungen sehen können und vor einer Verschiebung der Frage bewahrt geblieben sein.

Diese Verschiebung ist dadurch eingetreten, daß man in der Parteipresse die Forderung erhob, nun den Teil des Konferenzprotokolls zu veröffentlichen, der die Debatte über den Punkt „Partei und Gewerkschaften“ behandelte. Der Parteivorstand machte sich dieses Verlangen zu eigen und ersuchte die Generalkommission um Freigabe des Protokolls. Die Generalkommission lehnte dieses Ansuchen ab und fand darin die Unterstützung von 46 Zentralvorständen, während nur 13 für die Freigabe votierten und 5 sich der Abstimmung enthielten. Ueber die Gründe, die die Generalkommission dafür ins Feld führte, heißt es in einem Schreiben an den Parteivorstand vom 31. Juli:

„In der Gewerkschaftsbewegung sowohl als auch in der Partei werden sich immer, wie schon von jeher, interne Beratungen notwendig machen; aber weder der Partei, noch den Gewerkschaften wird es einfallen, wenn sich etwa ein Lump findet, der von solchen Verhandlungen etwas in die Öffentlichkeit bringt, den internen Charakter derselben auf zu heben und dieselben nunmehr der Öffentlichkeit preis zu geben. So werden die Gewerkschaften in Zukunft vielleicht noch mehr als bisher gezwungen sein, über Abwehrmaßnahmen gegen die Uebergriffe der Scharfmacherorganisationen in vertraulichen Zusammenkünften zu beraten und zu beschließen. Soll auch in solchen Fällen, wenn jemand sich findet, der ehr- und gewissenlos genug ist, Verräterei zu üben, der interne Charakter solcher Beratungen preis gegeben werden? Wir meinen, daß sich keine Körperschaft in solchem Falle dazu verstehen wird.“

Aber diese Gründe allein könnten die verweigerte Freigabe nicht stützen. Hier kommt noch ein weiteres Moment in Betracht. Es ist doch zweifellos, daß auch das Konferenzprotokoll irgend einen neuen Aufschluß darüber, welches Bebels oder des Parteivorstandes Auffassung über den Massenstreik in jener Sitzung war, nicht geben kann. Was darüber in dem Protokoll steht, ist in viel weitgehenderer Weise schon in den Erklärungen der Generalkommission gesagt worden. Also die Klärung über die eigentliche Streitfrage würde die Veröffentlichung des Protokolls nicht geben können. Da sollte man sich — wenn man

auf beiden Seiten einsichtig genug ist — mit den gegenseitigen Erklärungen genug sein lassen, die Ehrlichkeit der Meinungen und behaupteten Ansichten auf beiden Seiten gelten lassen und im weiteren sehen, wie die Dinge sich in der Zukunft gestalten werden.

So würde also das Verlangen nach der Freigabe des Protokolls ein ebenso unberechtigtes sein, wie die Gründe der Weigerung seitens der Zentralvorstände stichhaltig sind. Doch mit dem Fordern auf Freigabe des Protokolls verbindet sich scheinbar eine andere Absicht gewisser Parteiblätter. Man möchte das Protokoll nicht darum frei haben, um den Vorstand zu reinigen — was ja gar nicht nötig ist — sondern man will jene Stellen in dem Protokoll ausnutzen, die von Konferenzteilnehmern angeblich gegen die Partei gerichtet wurden. Nicht mehr um Klarstellung der anfänglichen Streitfrage handelt es sich also jetzt, sondern um ein neues Kesseltreiben gegen einzelne Gewerkschaftsführer. Dazu soll die Protokoll-Veröffentlichung dienen. Es scheint einigen besonders scharfen Parteiredakteuren wieder ordentlich in den Fingern zu jucken, gegen die Gewerkschaften vom Leder ziehen zu können. Bei dieser Geze würde man dann den Ausgangspunkt des Konflikts vollständig vergessen. Das ist ein Verfahren, das wir im Interesse der gemeinsamen Arbeiterbewegung — von der ja die Partei ebenso wie die Gewerkschaft nur ein Teil ist — aufs lebhafteste abzuwehren.

Und das Betrübenste dabei ist, daß der Parteivorstand dieses Treiben mit macht und durch seine Haltung das Signal dazu gegeben hat. So brachte der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 7. August, welche die die Veröffentlichung des Protokolls ablehnende Antwort der Generalkommission — auf Grund der Abstimmung der Zentralvorstände — enthielt, zu gleicher Zeit die Erklärung, daß der Parteivorstand trotz alledem die Veröffentlichung des Protokolls vornehmen wird. Die „Leipziger Volkszeitung“ und einige andere Parteiblätter begrüßten diesen Entschluß mit Freuden und erklärten sich sofort bereit, nun auch ihrerseits mit dem Abdruck der fraglichen Protokollteile zu beginnen.

Wir stehen hier vor einem beispiellosen Vorgang in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und unbegreiflich bleibt diese Maßnahme des Parteivorstandes. Was eigentlich damit bezweckt werden soll, daß die Zentralverbände derartig vor den Kopf gestoßen werden, daß man ihren Wunsch gleich Null erachtet, ist schwer zu sagen. Wir haben ja schon betont, sachlich nützt dem Parteivorstand die Veröffentlichung nichts, rein gar nichts. Aber diese Gewaltspolitik setzt den Parteivorstand schwer ins Unrecht. Der Parteivorstand hat kein Recht, in dieser Weise über das Protokoll der Konferenz der Zentral-Gewerkschaftsvorstände zu verfügen. Das Protokoll ist Eigentum der Gewerkschaftsleitungen und der Generalkommission und es ist ein unberechtigter Schritt des Parteivorstandes, der nach keiner Seite hin eine Entschuldigung finden kann und sollte. Der Parteivorstand ist nicht in dem Protokoll angegriffen und wurde er von anderer Seite angegriffen, so mußte er andere Mittel zur Verfügung haben, als jenes, in die Eigentumsrechte Anderer über zu greifen.

Wo soll denn dieser Zustand, weiter ausgedacht, hin führen? Glaubt man denn in den Kreisen der betreffenden Parteigenossen, die Zentralverbände werden sich diese Brüskierung gefallen lassen und diesen eigenmächtigen Gewaltstreich des Parteivorstandes ruhig hin nehmen? Auch in den Gewerkschaften sind Männer, die auf ihre Rechte halten.

Wir bedauern diese Verschärfung des Konflikts umso mehr, als wir immer einem innigen Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften das Wort redeten und auch weiter die die beiden Bewegungen einigenden Momente betonen werden. Aber diese Aufgabe, dieses Streben mit allen Genossen — ob in der Gewerkschaft oder der Partei — friedlich in *erfruchtlicher* Arbeit im Frieden zusammen zu schaffen, wird durch solche Streiche ungemein erschwert. Gewiß, wir haben machen Gewerkschafts-genossen, der von der Partei nicht viel wissen will und dem jeder Anlaß, gegen die Partei zu polemisieren, recht ist. Aber eben diese Leute wollen wir erziehen zu Parteigenossen, zu tüchtigen politischen Mitkämpfern. Und nun fährt uns wieder mal die Partei mit einer Geschichte in die Parade, die jedenfalls nicht geeignet ist, bei den Zweiflern jene Worte: „Partei und Gewerkschaften sind eins“ als eine unerschütterliche Wahrheit erscheinen zu lassen.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1905.

Vor kurzem wurde von der Generalkommission eine Uebersicht über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftskartelle im letzten Jahre gegeben. An dieser umfangreichen Statistik sind beteiligt 465 Kartelle, die 6495 Gewerkschaften mit insgesamt 1 180 940 Mitgliedern umfassen, von denen 16 870 in 41 Lokalvereinen und 1739 in sonstigen, der Generalkommission nicht angeschlossenen Zentralverbänden organisiert sind. Von den am Schlusse des Jahres 1905 in den der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Zentralverbänden Organisierten, deren Zahl 1 429 408 betrug, sind demnach 1 162 331 gleich 81,3 pCt. in den Gewerkschaftskartellen vereinigt. Die 1739 in anderen Gewerkschaften Organisierten sind zum größten Teil Mitglieder des Verbandes der Verwaltungsbeamten, dessen Zweigvereine wohl ziemlich alle den Kartellen angeschlossen sind. Ferner kommen als sonstige Gewerkschaften in Betracht die Verbände des technischen Bühnenpersonals, der Musterzeichner, der Photographen und der Xylographen. Außerdem gehört dem Kartell in Kalk ein Arbeiterinnenverein mit 100 Mitgliedern an und dem Kartell in Schmöln die 5 Mitglieder zählende Zahlstelle des Verbandes der Gastwirte, der demnach dort als Gewerkschaft betrachtet wird.

Die den Kartellen angeschlossenen Lokalvereine sind gegen das Vorjahr wieder um drei zurück gegangen, dagegen ist die Gesamtzahl der Mitglieder derselben von 9824 auf 16 870 gestiegen. Die Zunahme bedeutet jedoch kein Anwachsen der Mitgliederzahlen in den einzelnen lokalen Vereinen, sondern sie resultiert lediglich daraus, daß die berliner Gewerkschaftskommission dem Lokalverein der berliner Hausdiener, der rund 7000 Mitglieder zählt, den Anschluß gestattet hat.

Die Zahl der angeschlossenen Organisationen beträgt 986 mehr als im Jahre 1904. In 199 Orten bestehen Zweigvereine der Zentralverbände, welche den Kartellen fern stehen. Vielfach sind es neu gegründete Organisationen, die noch nicht in der Lage sind, Beiträge in die Kartellkasse zu zahlen, oft sind es taktische Fragen, welche die Organisationen veranlassen, sich den Kartellen nicht an zu schließen oder aus denselben aus zu treten, eine prinzipielle Gegnerschaft dürfte unter den Mitgliedern der Zentralverbände wohl kaum noch vorhanden sein. Immerhin ist die Nichtbeteiligung so zahlreicher Gewerkschaftsfamilien sehr bedauerlich; bedauerlich ist auch, daß der Beschluß des kölnener Gewerkschaftskongresses, wonach die Vorstände der Zentralverbände dahin zu wirken ersucht werden, daß die Zweigvereine sich den Kartellen anschließen, bisher eine besonders günstige Wirkung nicht erzielt hat, denn, wie aus der Tabelle III sich ergibt, hat sich das Verhältnis in dieser Beziehung gegenüber dem Vorjahr in einigen Organisationen sogar verschlechtert, was um so mehr zu beachten ist, als eine kleine Besserung im allgemeinen zu konstatieren ist. Es waren 1904 5,92 pCt. aller in Kartellorten bestehenden Zweigvereine den Kartellen nicht angeschlossen, während 1905 der Prozentsatz der fern stehenden Zweigvereine noch 5,41 beträgt.

Die größte Zahl der den Kartellen angeschlossenen Zweigvereine hat der Holzarbeiterverband auf zu weisen: 421, ihm folgen die Verbände der Maurer mit 392, Metallarbeiter 382, Zimmerer 329, Maler 272, Schneider 249, Buchdrucker 240. Letztere stehen auch in diesem Jahre wieder mit der größten Zahl der nicht angeschlossenen Zweigvereine oben an, und zwar mit 56, genau wie im vorigen Jahre. Weiter verzeichnen wir bei den Maurern 32, Zimmerern 21, Metallarbeitern 18, Malern 17, Steinsehern 14, Maschinisten 12, Dachdeckern 10 an die örtlichen Kartelle nicht angeschlossenen Zweigvereine.

Mehr und mehr wenden die Gewerkschaftskartelle ihre Aufmerksamkeit dem Gebiet der Auskunfterteilung und Rechtsbelehrung zu. Es wurden 1905 insgesamt 111 Auskunftsstellen von den Kartellen unterhalten. Von den bestehenden Arbeiterssekretariaten werden 56 von den Kartellen unterhalten respektive mit Geldmitteln unterstützt. 7 Kartelle unterhalten ein eigenes Bureau.

Ein Gewerkschaftshaus wird unterhalten in folgenden Orten: Berlin, Braunschweig, Breslau, Cassel, Charlottenburg, Köln a. Rh., Dresden, Elberfeld, Feuerbach, Frankfurt a. M., Hanau, Heidelberg, Kiel, Leipzig, Liegnitz, Mannheim, Mühlhausen i. Th., Offenbach a. M., Plauen i. V., Solingen, Stettin, Stralsund, Stuttgart, Trier, Wilhelmshaven und Zittau. Wenn diese Gewerkschafts- oder Volkshäuser auch nicht ausschließlich von den Gewerkschaftskartellen unterhalten werden, so ist ihre Existenz doch dem Zusammenwirken der Gewerkschaften in diesen Orten und zum Teil auch der Mitwirkung von Parteiorganisationen zu danken.

Gemietete Versammlungssäle haben 118 Kartelle gegenüber 86 im Vorjahr. Eine Zentralherberge haben 44 (1904: 20)

Kartelle und eine Herberge beim Gastwirt untersteht in 227 (1904: 181) Orten der Kontrolle der Gewerkschaftskartelle.

Ein Zentralarbeitsnachweis wird unterhalten von den Kartellen in Sameln, Meerane, Sonderburg und Zerbst. Eine vom Kartell verwaltete gemeinsame Bibliothek ist in 252 (1904: 205) Orten vorhanden. Ein Lesezimmer wird von 39 Kartellen unterhalten, von denen 5 keine Bibliothek besitzen.

Eine Beschwerdekommision für Gewerbeinspektionsachen ist in 149 (1904: 134) Kartellen vorhanden, 129 Kartelle haben eine Kommission für das Post- und Logiswesen, 195 (1904: 151) Kartelle eine Bauarbeiterschuttkommission und einen Referentennachweis haben 52 Kartelle.

Die Agitation unter den Arbeiterinnen ließen sich im letzten Jahre die Kartelle etwas mehr angelegen sein als in den Vorjahren. Es hatten 1905 41, 1904 26, und 1903 26 Kartelle eine weibliche Vertrauensperson eingesetzt. Auch die Zahl der Arbeiterinnen-Agitations-Kommissionen ist von 15 in 1903 und 12 in 1904 auf 21 in 1905 gestiegen. Dieses Tätigkeitsgebiet wird von den Kartellen immer noch nicht in genügender Weise berücksichtigt, und sehen wir uns veranlaßt, unter Hinweis auf die in der Tabelle namhaft gemachten Kartelle, welche der Agitation unter den Arbeiterinnen besondere Aufmerksamkeit zuwenden, erneut die Anregung zu geben, daß die Kartelle mehr als bisher sich diesem Gebiet zuwenden.

In der Einberufung von Versammlungen zwecks allgemeiner Agitation haben die Kartelle wesentlich mehr geleistet als im Jahre 1904. Es wurden 2102 (1904 nur 818) allgemeine Versammlungen abgehalten, davon allein in Regensburg 91 und in Frankfurt a. M. 51. Dagegen haben 64 Kartelle keine allgemeine und 56 Kartelle überhaupt keine Versammlung einberufen. Das Jahr 1905 bot doch gewiß Agitationsstoff mehr als genug.

Es wurden insgesamt 46 Statistiken über Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte, 21 Arbeitslosenzählungen und 67 sonstige Erhebungen veranstaltet. Im Jahre 1904 veranstalteten die Kartelle insgesamt 95 statistische Erhebungen, darunter 40 Arbeitslosenzählungen und 45 sonstige Erhebungen.

Die Gesamteinnahmen der Kartelle im Jahre 1905 betragen ohne die Einnahmen aus den Streiksammlungen 512 394 Mk., davon aus den festen Beiträgen der Gewerkschaften 318 811 Mk. Ende 1904 war in 376 Kartellen ein Kassenbestand von insgesamt 209 832 Mk. vorhanden, so daß den Kartellen für das Jahr 1905 eine Summe von 722 226 Mk. zur Bestreitung der laufenden Ausgaben zur Verfügung stand. Ausgegeben wurden von 455 Kartellen, welche diesbezügliche Angaben gemacht haben, insgesamt ohne Streikunterstützung 499 671 Mk. Der am Schlusse des Jahres 1905 vorhandene Kassenbestand beträgt in 442 Kartellen zusammen 258 115 Mk.

Die von 290 Kartellen veranstalteten Sammlungen für Streiks und Aussperrungen ergaben die Summe von 948 166 Mk. Für Streiks am Orte wurden 194 035 Mk. und für auswärtige Streiks 718 757 Mk. verausgabt. 204 Kartelle zahlten insgesamt aus der Kartellkasse 34 077 Mk. Streikunterstützung und 79 Kartelle erzielten durch die Sammlungen einen Uberschuß von zusammen 69 443 Mk.

Von den sonstigen Ausgaben der Kartelle verzeichnen wir 40 773 Mk. für Agitation, 18 787 Mk. für Vertreterwahlen, 2295 Mk. für statistische Erhebungen, 10 348 Mk. für Herbergen und Arbeitsnachweise, 41 883 Mk. für Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle, 128 632 Mk. für Auskunftserteilung, Bibliotheken und Lesehallen, 95 391 Mk. für Verwaltung usw.

Verbandsangelegenheiten.

Aufforderung!

Folgende Zahlstellen werden um sofortige Einsendung der Verdienstliste pro 1905 ersucht:

Arzberg, Coburg, Döbeln, Hannover, Kloster-Befra, Leipzig, Meuselbach, Neuhaus a. R., Oberkötzig, Oberlind, Probstzella, Reichenbach, Schnett, Selb, Sigendorf, Unterweißbach.

Wilhelm Herden.

Lohnstatistik und Unterstützungsbezug.

Auf dem Fragebogen für die Lohnstatistik pro 1906 ist ausdrücklich vermerkt:

„Arbeitslosen-Unterstützung, Streik-Unterstützung, Fahr- gelder, Umzugsgelder, Rechtsschutz, sowie Krankengeld- Zuschuß werden nur gewährt, wenn das Formular bis zu dem entsprechenden Datum ausgefertigt und mit dem Kontrollvermerk versehen, dem Antrage auf Unterstützung beigelegt ist.“

Die Mitglieder und im besonderen die Zahlstellentassierer werden auf vorstehende Bestimmung noch einmal aufmerksam gemacht. Unterstützungs-Anträge jeder Art, denen das statistische Formular des antragstellenden Mitgliedes überhaupt nicht beigelegt ist, bleiben unberücksichtigt, ohne daß dem Antragsteller besondere Mitteilung davon gemacht wird. — Gar nicht, oder nur unvollständig ausgefertigte lohnstatistische Formulare, begründen die Verweigerung jedweder Unterstützung, auch wenn die sonstigen statutarischen Verpflichtungen des Antragstellers erfüllt sind. Die Zahlstellen-Verwaltungen sollten es sich angelegen sein lassen, um die Mitglieder möglichst vor Schaden zu bewahren, in jeder Zahlstellen-Versammlung die gewählten Kontrolleure zu befragen, ob dieselben kontrolliert resp. alles in Ordnung befunden haben. Der Umstand, daß bisher regelmäßig am Jahreschluß von vielen Zahlstellen eine größere Anzahl statistischer Formulare nachgefordert wurden, weil die alten „verloren“ gegangen waren, läßt darauf schließen, daß in diesen Zahlstellen weder Verwaltung noch Mitglieder das wünschenswerte Verständnis und Interesse für eine wahrheitsgetreue Lohnstatistik besitzen. Weil die statistischen Formulare für 1906 zur Bearbeitung einer Lohnstatistik Verwendung finden sollen, ist es ein unbedingtes Erfordernis, daß die Eintragungen genau und regelmäßig erfolgen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig geworden, die Gewährung von Unterstützungen jeder Art von der Erfüllung dieser Verpflichtung abhängig zu machen.

J. Schneider, Verbandschriftführer.

92. Vorstandssitzung vom 8. August 1906.

Ohne Entschuldigung fehlt Burmann, mit Entschuldigung fehlen Seefeld und Rabanius.

Zuschriften von Kahla, Neuhaldensleben, Nymphenburg und Margarethenhütte werden zur Kenntnis genommen. — Von Hornberg wird noch einmal der Ausschluß des Mitgliedes 4481 beantragt und gleichzeitig gedroht, daß die Zahlstelle ihre Anschuldigungen gegen das Mitglied im Organ erheben wird, sofern der Vorstand dem Ausschluß-Antrage nicht statt geben würde. Zur Sache selbst wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen; außerdem soll der Zahlstelle mitgeteilt werden, daß jeder Versuch, das Mitglied mit unbewiesenen Behauptungen öffentlich herab zu würdigen, vom Vorstand zurück gewiesen werden wird. — Die beantragten Kosten für die von der Agitationskommission des 5. Bezirkes geplante Agitation werden bewilligt. — Der von der Zahlstelle Berlin II beantragte Ausschluß des Mitgliedes 88 299 Greitel wird vollzogen, der gleichfalls beantragte Ausschluß des Mitgliedes 87 788 wird abgelehnt. — Ein Antrag auf Rechtsschutz für 82 249 Hornberg wird vertagt und Recherche beschlossen. — Dem Mitglied 84 008 Reichenbach wird Rechtsschutz bewilligt. — Unterstützung nach § 22 des Statuts wird bewilligt für 8474 Annaburg und 26 476 Eisenberg. Im letzteren Falle bedauert der Vorstand, daß die Zahlstellenverwaltung für die verwerfliche Handlungsweise einiger Mitglieder, welche durch Denunziation die Entlassung des Mitgliedes 26 476 herbei führten, Rücksichtnahme übt. — Einigen Mitgliedern in Eisenberg wird Unterstützung bewilligt; jedoch soll dem Zahlstellenvorsitzenden aus Anlaß dieser Unterstützung die Auffassung des Vorstandes, zur Berücksichtigung für eventuelle spätere gleichartige Fälle übermittelt werden. — Fahr- und Umzugsgelder für 5281 Potschappel werden bewilligt. — Fahr- und Umzugsgelder für 10 821 Oberhohndorf werden bewilligt, die beantragte Unterstützung für 2 Wochen nach § 18, Abs. 4 des Statuts abgelehnt. — Beschlusfassung wegen beantragter Fahr- und Umzugsgelder für 5028 Eisenberg wird vertagt und Rückfrage beschlossen. — In Rechtsschutzangelegenheit 24 698 Worbamm wird nochmalige Rückfrage beschlossen. — Die Genehmigung zum freiwilligen Abgang unter Wahrung der Unterstützungsansprüche für 25 408, Einzelmitglied, wird abgelehnt. — Dem Mitglied 48 897 Berlin II wird nachträglich 1 Jahr Strafkarenzzeit auferlegt. — Mit der Einverleibung der Bibliothek der Zahlstelle Rossen in die Zentralbibliothek des Gewerkschaftsstartells erklärt sich der Vorstand einverstanden. — Die Aufnahme eines Auftruffs im Organ, zu freiwilligen Sammlungen für das Mitglied 8251 Moschen-dorf wird nach erfolgter Recherche abgelehnt.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

93. Vorstandssitzung vom 6. August 1906.

Zuschriften von Gisterwerda, Hornberg, Breslau, Neuhaldensleben und Rehau werden zur Kenntnis genommen. — Von Waldburg wird berichtet, daß die Abschaffung der Feuerwehrrachen, welche bisher von den Akkordarbeitern zu leisten waren, endlich zur Tatsache geworden ist. — Mit der geplanten Einreichung von Forderungen der Dreher bei der Firma Pering & Weithase, Köppelsdorf, erklärt sich der Vorstand einverstanden. — Anlaßlich einer Beschwerde des Mitgliedes 3971 Oberkötzig wegen Verweigerung von Krankengeldzuschuß wird beschlossen, daß eine Anrechnung bereits gewährter Unterstützungen, bis zur statutarischen Höchstdauer, entsprechend § 23, Ziffer 15 des Statuts, sich nur auf die letzten 52 Wochen zu erstrecken hat. Unterstützungen, welche länger als 52 Wochen vom Tage der Stellung eines neuen Antrages an gerechnet, zurück liegen, kommen für die Anrechnung nicht mehr in Betracht. Entsprechend diesem Beschluß wird dem Mitglied 3971 der noch beantragte Krankengeldzuschuß bewilligt. — Ein Antrag auf Nachzahlung von angeblich zu wenig erhaltenen Krankengeldzuschuß und Sterbegeld an die Hinterbliebenen des verstorbenen Mitgliedes 11 629 Fürstenberg a. W. wird abgelehnt. — Den Mitgliedern 16 049 Ohrdruf und 21 782 Zell wird Stundung der Beiträge bis zum Ablauf des 3. Quartals bewilligt, mit dem Hinzufügen, daß alle statutarischen Rechte so lange ruhen, bis Nachzahlung der Restbeiträge erfolgt ist. — Rich. Molzberger-Staffel und Rosenfeldt-Worbamm werden mit je 2-jähriger Strafkarenzzeit in den Verband aufgenommen. — Die Mitglieder 86 719 Ernst Muls und 45 231 Jacob Hollerung-Arzberg und

88854 Hermann Lindner Uhlstädt werden nach § 8, Ziffer 8 des Statuts vom Verband ausgeschlossen. — In einer Angelegenheit des früheren Kassierers in Gräfenthal, Deckung eines Zahlbetrages betreffend, wird Vertagung zwecks weiterer Feststellungen beschlossen. — Der Verbandskassierer berichtet, daß immer noch 17 Zahlstellen die Verdienstlisten pro 1905 nicht eingesandt haben, abgesehen von den Zahlstellen, welche die Verdienstlisten in durchaus unbrauchbarem und unvollkommenem Zustande eingesandt haben. Beschlossen wird, von einer weiteren Aufforderung dieser Zahlstellen im Organ ab zu sehen, weil nicht an zu nehmen ist, daß nun noch ein brauchbares Material vom verflorenen Jahre von diesen Zahlstellen zu erhalten wäre, wenn wirklich noch eine oder einige dieser Zahlstellen infolge der Aufforderung ihrer Pflicht nach kommen sollte. — Der Einverlebung der Zahlstellenbibliothek Bonn in die gewerkschaftliche Zentralbibliothek wird zugestimmt. — Einigen Mitgliedern in Teltow wird Rechtschutz, zwecks Anstrengung einer Klage wegen unberechtigter Lohnneinbehaltung bewilligt. — Ein wiederholter Antrag, dem Mitglied 88012 Hornberg Fahr- und Umzugsgelder zu bewilligen, wird wiederum abgelehnt, nach § 20, Ziffer 1 des Statuts.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

Entscheidungen der Beschwerde-Kommission.

Sitzung vom 9. August 1908

Die Beschwerden der Mitglieder 14018 R., 28159 S. und 6107 Sch. sind erledigt, da der Vorstand die Angelegenheiten bereits geregelt hat. — In der Angelegenheit des Mitgliedes 9166 S. beschließt die Beschwerdekommision, den Vorstand zu ersuchen, die zurück behaltene Unterstützung zu gewähren, da sich das Mitglied um die Regelung der dortigen Verhältnisse bemüht hat. — Beschwerden der Mitglieder 15127 und 24048 N. werden zur Kenntnis genommen und Recherche beschlossen.

Emil Böhme, Vorsitzender. Berthold Faulian, Schriftführer.

Aus Mitgliederkreisen.

Sorgau. Die Verwaltung der Zahlstelle Sorgau sandte uns nach stehende Zeilen mit dem Ersuchen um Veröffentlichung: „Bezugnehmend auf den in Nr. 30 der „Ameise“ enthaltenen Bericht des Redakteurs R. Paulick über seine durch Schlesien unternommene Agitationstour, sieht die Zahlstelle Sorgau sich veranlaßt, folgendes zu erwidern: Die Zahlstellen-Versammlung heutigen Datums (wohl vom 4. August? D. R.) konstatiert, daß wohl alles, was der Referent in seinem Bericht speziell über die Firma Ohme hieselbst an Gehässigkeit leisten konnte, geleistet hat. Mit welchem Recht zerrt er zum Beispiel die Einrichtung der Ferien, welche bei genannter Firma bestehen, in den Schmutz? Diese Einrichtung wäre wohl des Gegenteils würdig und verdiente es, anderen Arbeitgebern zur Nachahmung empfohlen zu werden. Dem Sinne des Referenten nach hätten die in Betracht kommenden Arbeiter, um nur nicht zu menschenunwürdig und unterwürdig zu sein, auf den Genuß der Ferien, da dieselben vom Arbeitgeber freiwillig gewährt werden, verzichten müssen, um dieselben, wenn einmal am Orte die Organisation gehörig erstarkt ist, zu fordern und darum zu kämpfen? Etwas Widersinnigeres dürfte es kaum geben. Wie stellt sich Genosse Paulick denn eigentlich zu dem in Nr. 29 der „Ameise“ erschienenen Artikel „Arbeiter-Ferien“, wo es unter anderem heißt, der Arbeiter kennt keine Ferien u. s. w.? Da nun aber ein Arbeitgeber den Anfang gemacht hat und den Arbeitern ein paar Wochen Erholung zukommen läßt, da kommt Genosse Paulick und findet es menschenunwürdig, nur weil sie nicht gefordert und mit schweren Opfern erkämpft worden sind. Glaubt Genosse Paulick etwa, daß in absehbarer Zeit die Organisation der Porzellanarbeiter derartig erstarken wird, um einen solchen Wunsch auf das Programm ihrer Forderungen setzen zu können? Wir bezweifeln es. Auch müßte dann die Agitation vom Genossen Paulick in anderer Weise geführt werden, wenn dieselbe wirksam und zu einem derartigen Ziele führen soll. Ob von seiner jetzigen Agitation eine Mitgliederzunahme für den berliner Verband zu verzeichnen sein wird, ist zweifelhaft. Nur eine Verschlechterung ist bis jetzt wahr zu nehmen, indem für die Angehörigen des berliner Verbandes die Ferien in Wegfall gekommen sind. Genosse Paulick kann es als sehr Bedauerliches betrachten, die älteren Kollegen, welche im berliner Verband organisiert sind, um diese Erholung gebracht zu haben. Für eine derartige Agitation danken „ünstig“ die Mitglieder der Zahlstelle Sorgau. — Warum nicht gleich in betreffender Versammlung die Meinung der hiesigen Verbandsmitglieder zum Ausdruck gekommen ist, ist darauf zurück zu führen, daß wenn eine Agitationsversammlung statt findet, es nicht gerade agitatorisch wirkt, wenn Referenten und Mitglieder der betreffenden Organisation entgegen gesetzter Meinung sind. Allerdings wäre jetzt auf diesen famosen Agitationsbericht Stillschweigen unangebracht.“

Genosse Paulick bemerkt dazu:

„Ich habe auf das Obige folgendes zu erwidern: Es ist mir gar nicht eingefallen, die Behauptung auf zu stellen, daß die Ferien nur angenommen werden dürfen, wenn sie durch die Organisation erzwungen seien. Vielmehr habe ich dargelegt und bleibe auch dabei, daß dieses richtig ist, daß solche freiwillig ge-

währten „Wohltaten“, wenn keine starke Organisation da ist, die Folge haben, daß sich die Arbeiter andererseits um so niedrigeren Löhne zc. bieten lassen. Wenn jetzt für die Mitglieder des berliner Verbandes auf Grund meiner Kritik die Ferien in Wegfall gekommen sind, so ist das schon ein Beweis für die Schwäche der Organisation und zugleich auch für die Absicht des Unternehmers, mit seiner „Wohltat“ der Organisation entgegen zu wirken und er somit den Arbeitern mehr Schaden zufügt als er ihnen nützt. Nur eine Mark Wochenlohn mehr — was bei einer genügend starken Organisation wahrlich nicht schwer zu erreichen ist — und der Verlust der 60 Mark Feriengeld ist beinahe wieder wett gemacht. Das Schweigen der Gegner meiner Ausführungen in jener Versammlung aus Rücksicht auf die Agitation war wirklich nicht notwendig. Eine Klarstellung braucht nicht gleich eine unangenehme Debatte zu werden und kann der Agitation nur dienlich sein. Ich muß allerdings gestehen, daß ich angenommen habe, die Versammlung sei mit dem von mir Vorgetragenen einverstanden; denn die Anwesenden erhoben sich am Schlusse der Versammlung — obwohl ich darum bat, es zu unterlassen — von ihren Plätzen, um zu demonstrieren, daß sie meine Ausführungen anerkannten. War man wirklich anderen Sinnes, so hätte man doch diese Zeremonie unterlassen können. In der Diskussion sprach ein Genosse aus Altwasser im Sinne meiner Ausführungen und hob hervor, daß die Unternehmer die „Wohltaten“ nur üben, „um die Arbeiter zu blenden“, wofür die Versammlung mit großem Beifall quittierte. Ueber die Absicht, die mit obiger Darstellung verbunden ist, glaube ich bestimmte Vermutungen hegen zu dürfen. Sie zu äußern will ich mir schenken.“

Aus unserem Berufe.

Breslau. Eine kurze Meldung besagt, daß in der Steingutfabrik die zwischen den Waschtischformern und der Betriebsleitung entstandenen Differenzen beigelegt wurden.

Neuhaldensleben. In dem Bericht in letzter Nummer wurde infolge eines Druckfehlers eine Stelle verkürzt wieder gegeben. Jener Passus muß lauten: „Der Bürgermeister von Neuhaldensleben, welcher von den Ausständigen um Uebernahme der Vermittlerrolle ersucht wurde und in anerkannter Weise auch übernahm, wurde von der Firma Hubbe abgelehnt. Der Landrat, welcher ebenfalls um Uebernahme der Vermittlung ersucht wurde und in gleich anerkannter Weise diese annahm, hat eine Antwort noch nicht erhalten.“

Reichenbach. Bei der Firma Schwabe & Co. kann die Ruhe nicht einziehen. Fortgesetzt gehen uns neue Klagen der Kollegen zu. Jetzt verlegt sich die Firma anscheinend auf die Maßregelung einzelner Kollegen. Wenigstens fassen die dort beschäftigten Arbeiter die jüngst erfolgte Kündigung eines Kollegen, der angeblich wegen mangelhafter Arbeit entlassen werden mußte, als eine Maßregelung des Betreffenden auf. Wir brauchen wohl angesichts des schon bereits bekannt Gewordenen vor jener Firma nicht besonders warnen. Aber unsere Kollegen werden gut tun, ehe sie nach Reichenbach gehen, sich bei der dortigen Zahlstellenverwaltung noch eingehender über die dortselbst herrschenden Verhältnisse zu erkundigen. Des weiteren verhängte der Vorstand über jenen Betrieb die Sperre.

Rudolstadt. Wir lesen in dem „Thür. Volksblatt“: „Eine sehr rentable Industrie ist ohne Zweifel die Porzellanindustrie. Hat man sich schon daran gewöhnt, von Kahla nichts anderes zu hören, als daß diese eine Hungerdividende von lumpigen 35 Prozent zahlt, so ergibt der letzte Abschluß der Porzellanfabrik Rich. Eckardt & Co. A.-G. in Volkstedt ein fast gleich gutes Resultat. Zwar werden nur 4 Prozent als „ordentliche“ Dividende ausgeworfen, aber die „unordentliche“ resp. Superdividende beträgt nicht weniger als 16 Prozent, in Summa 20 Prozent! Das ist aber noch nicht alles! Denn die Arbeitsbienen haben aus den 500 000 Mk. Aktienkapital zusammen mit ihrer Arbeit nicht bloß diese lumpigen 100 000 Mk., sondern extra noch 62 242 Mk. heraus geschunden; davon werden den armen Aufsichtsräten für ihre mühevollen Tätigkeit 12 601,85 Mk., sowie an den Reservefonds 16 224,25 Mk. ausgezahlt, während 33 416,68 Mark an die Arbeiter — nein, wir wollten sagen: als Vortrag auf neue Rechnung gebucht wurden. Und dabei werden die Aussichten für das kommende Jahr als noch günstiger bezeichnet.“ — Den journalistischen Klopffechtern der Porzellanfabrikanten erwachsen immer neue Aufgaben, die fabelhaften und aufreizenden Gewinne der Unternehmer im Gegensatz zu den äußerst knappen und selten zureichenden Verdiensten der Porzellanarbeiter durch bilanzverschleiende Spiegelfechtereien für die breite Öffentlichkeit verschwinden zu lassen. Eine Sisyphus-Arbeit!

Schorndorf. Noch immer suchen die Herren in Firma C. M. Bauer & Pfeiffer Frauen, Mädchen und junge Bur- schen für gut bezahlte und dauernde Stellen. Auch verkündet man, jedenfalls als zugkräftigstes Lockmittel, daß die Wohlfahrts- Einrichtungen in jener Fabrik die besten seien. — Das bildet sich ja nun schließlich jeder Unternehmer ein, für „seine“ Arbei- ter das weiteste Herz zu haben. Schorndorf, wo man besonders auf weibliche Kräfte reflektiert, hat aber eine neue „Wohlfahrts“- Einrichtung getroffen. Jene Firma zahlt nämlich den weiblichen Arbeitern, die bei ihr 5 Jahre und länger ununterbrochen ge- arbeitet haben — im Falle sich die Arbeiterin verheiratet — eine Hochzeitsprämie von 100 — einhundert — Mark! Man sieht, die Firma ist großmütig und zeigt sich erkenntlich, wenn sie durch die Arbeiterinnen in fünf Jahren so viel verdient hat, daß die 100 Mk. wohl ein Pappentitel dagegen sein dürften. Von sonstigen Wohltaten in jenem Betriebe ist uns noch nichts bekannt geworden. Dagegen aber berichtete man uns von einem jungen Expedienten, das in der Fabrik herum fährt, das große Wort führt, von Erfahrungen frogt und das die Wäler stark im Ver- dacht haben, erst kürzlich eine Preisreduzierung veranlaßt zu haben. Neben diesem jungen eifrigen Mann, gehören dem Be- triebsleiter oder Werkmeister Köhring die frömmsten Wünsche der Arbeiter. Dieser Mann war vor einiger Zeit, da er noch modellerte oder andere Arbeiten trieb, in Waldsassen. Auch dort steht er bei den Arbeitern — besonders bei den Drehern — in dauerndem Andenken. Und mit Freuden begrüßten es damals unsere waldsassener Kollegen, daß Köhring, noch ehe seine Ründi- gungszeit um war, jene Fabel verlassen mußte. Nun komman- diert Köhring wieder in Schorndorf herum und er hat so sonder- bare Auffassungen von den vorzüglichen Wohlfahrts-Einrichtun- gen seiner Herren Chefs, daß er jüngst, als zwei Hilfsarbeiter zusammen sich krank meldeten, diesen befahl, ihm innerhalb 3 Tagen zu melden, ob sie wieder gesund seien. Im andern Falle könne man genug andere Rapseldreher bekommen. Der Mann glaubte jedenfalls, es ist ein Vergnügen für die Arbeiter, krank zu wer- den, um mit dem kümmerlichen Krankengeld sich durch hungern zu können.

Schaffhausen. Der bereits gemeldete Konflikt der Lon- röhren- und Steingutarbeiter betrifft wieder einmal die Firma Gebr. Ziegler. Es ist noch nicht so lange her, da standen die bei jenem Unternehmen beschäftigten Arbeiter in einer Differenz. Jetzt wiederholen sich dieselben Dinge. Die betreffenden Unter- nehmer scheinen Scharfmacher erster Güte zu sein. Die Arbeiter forderten von neuem eine Lohnerhöhung und die Anerkennung des Koalitionsrechts. Man sieht, in der „freien“ Schweiz liegen die Dinge ebenso wie bei uns. Auf dem Papler haben die Ar- beiter das Vereinigungsrecht, aber jeder sich stark genug fühlende Unternehmer kann dieses Recht den Arbeitern rauben. — Die Verdienste sind, gegenüber dem teuren Leben in Schaffhausen, recht gering. Im Durchschnitt werden pro Woche 25 Franken, das sind 20 Mark, verdient. Wir brauchen wohl also nicht be- sonders darauf hin zu weisen, jeden Zuzug nach Schaffhausen zu unterlassen. Nach dem Mitgeteilten werden unsere Kollegen ohnedies keine Lust haben, zu den Gebr. Ziegler zu laufen. Die Organisationsleitung der schweizer Kollegen hat über jenen Be- trieb die Sperre verhängt.

Aus anderen Verbänden.

Die „Christlichen“. In Breslau tagte am 23. und 24. Juli der VI. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutsch- lands. Die Reichs- und Stadtbehörden hatten Vertreter entsandt. Daß die bürgerlichen Sozialpolitiker à la Mumm, Sombart usw. vertreten waren, versteht sich von selbst, da sie sich hier mittler- weile mit den christlichen Gewerkschaften trösten müssen, weil sie bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften bislang keine Gegen- liebe gefunden haben. Bei der Eröffnungsfest blies Sombart die Neutralitätsflöte, brachte aber so herzerreißende Töne her- vor, daß er von christlichen Delegierten eine böse Abfuhr erlitt. Sombart klagte nämlich, daß die Gewerkschaften immer noch in sozialdemokratische, christliche und Hirsch-Dundersche gespalten seien. Eine christlich-nationale Arbeiterorganisation sei ebenso naturwidrig, wie eine christlich-nationale Handelskammer. Dem Herrn Professor schwebt immer noch eine große neutrale Arbeiter- bewegung vor. Der Delegierte Janowski aus Lago erwiderte Sombart also: „Professor Sombart hat gemeint, christliche Grundsätze hätten an sich in der Gewerkschaftsbewegung nichts zu suchen. Ich meine, den Wert des Christentums kann nur der beurteilen, der selbst aus dem Christentum hervor gegangen ist, oder in ihm steht. Die Worte Harnacks an den evangelisch- sozialen Kongreß, die eine Empfehlung der christlichen Ge-

werkschaften bedeuten und widerspruchslos aufgenommen wurden, beweisen uns, daß die Aera Naumann vorüber ist.“ Die Refe- renten, die den Geschäftsbericht gaben, rühmen den großen Auf- schwung der christlichen Gewerkschaften, und wollen die Güte dieser an der Feindschaft der Unternehmer gegen sie, an der Verfolgung durch die Behörden und an der Bekämpfung durch die Pfaffen beweisen. Aus dem vorgetragenen Zahlenmaterial sei folgendes mitgeteilt, das aber mit großer Vorsicht auf zu nehmen ist: Die Mitgliederzahl der dem Gesamtverband an- geschlossenen Gewerkschaften beträgt 265 032 gegen 207 481 im Vorjahre. Die Gesamteinnahme belief sich auf 2 674 190 Mk. gegen 1 337 341 Mk. Sie hat sich also verdoppelt. Die Aus- gaben stiegen in derselben Zeit von 1 094 643 auf 2 423 554 Mk., der Rassenbestand von 948 197 auf 1 523 214 Mk., was eine Erhöhung von 1 228 911 bzw. 475 017 Mk. bedeutet. Die Zahl der Lohnbewegungen, an denen die christlichen Gewerk- schaften im Berichtsjahre beteiligt waren, betrug 614; davon führten 316 mit 26 017 Beteiligten ohne Arbeitseinstellung zu einer friedlichen Verständigung. 298 Lohnbewegungen mit 80 601 Beteiligten führten zu Streiks, davon treffen allein rund 60 000 auf den Streik der Ruhrbergleute. Erreicht wurden da- durch mindestens 2 1/2 bis 3 Millionen Mark Lohnaufbesserungen, wesentliche Arbeitszeit-Verkürzungen, bessere Behandlung usw. — Am zweiten Beratungstage sprach Giesbert über die christ- lichen Gewerkschaften und ihr Verhältnis zu den anderen Arbeiterorganisationen, zur Politik und zum Wirtschaftsleben. Neues förderte weder der Vortrag noch die sich an ihn schließende Diskussion zu Tage. Rege behandelte man auch die Frage der Organisierung der Arbeiterinnen, ja selbst der Dienstboten, man forderte auch ein weiter gehendes Versammlungsrecht, beschloß, mehr Augenmerk auf die Ausbildung von Agitatoren zu ver- wenden, votierte gegen den Alkohol und ging dann mit einem Hoch auf die „christliche“ Gewerkschaftsbewegung auseinander.

Lederarbeiter. Im Lederarbeiterverband ist durch Urab- stimmung der Verbandsbeitrag auf 50 Pfg. pro Woche fest ge- setzt worden. Für diesen Beitrag stimmten 3316, dagegen 408 Kollegen. Der statutengemäße Beitrag betrug nach den Beschlüssen der Generalversammlung 35 Pfg. pro Woche, der Vorstand wurde aber durch die heftigen Kämpfe, die der Ver- band im letzten Jahre zu führen hatte, genötigt, einen Extra- beitrag von 15 Pfg. auszuschreiben. Die Mitglieder haben in ihrer übergroßen Majorität nunmehr durch Urabstimmung diesen Extrabeitrag zum obligatorischen Verbandsbeitrag erhoben, welches als ein erfreuliches Zeichen der Opferwilligkeit der Verbands- mitglieder zu betrachten ist.

Internationales.

England. Wie englische Blätter mitteilen, ist zwischen der englischen Regierung und der Arbeiterpartei eine volle Ver- ständigung bezüglich der Unantastbarkeit der Gewerkschaftskassen zustande gekommen. Dem Gewerkschaftsgesetz soll auf Vorschlag des Justizministers folgender Zusatz beigefügt werden: „An- sprüche auf Schadenersatz gegen Trade Unions oder gegen einzelne Mitglieder für Vertreter oder gegen die Gesamtheit der Mit- glieder wegen einer unrechtmäßigen Handlung, von der behauptet wird, daß sie im Namen, beziehungsweise zugunsten der Gewerk- schaft begangen wurde, sollen bei keinem Gerichtshof anhängig ge- macht werden können“. Damit wäre wohl jede Möglichkeit ge- nommen, auf dem Wege des Zivilprozesses die Gewerkschaften mit ihren Kassen für irgend welche angebliche oder wirkliche Schäden regresspflichtig zu machen.

Frankreich. Der nächste Kongreß der französischen Gewerk- schaften wird in Amiens vom 8. bis 14. Oktober tagen. Die Tagesordnung ist noch nicht endgültig fest gestellt, die bisher an- gemeldeten Gegenstände aber lassen sie schon allzu reichhaltig er- scheinen. Unter anderen sollen folgende Punkte erledigt werden: Fortsetzung der Achtstundenpropaganda (Kampf gegen die Stück- arbeit); Arbeiterschutz (Kollektivverträge, Gewinnbeteiligung, Ver- tretung der Arbeiter in den Aufsichtsräten); Statutenänderung (Arbeiterkonföderation und politische Parteien); Antimilitarismus. Außer den vom Konföderationsauschuß als „wichtige Fragen“ bezeichneten Gegenständen sind noch 15 „verschiedene Fragen“ angeführt wie die obligatorische Reiseunterstützung, die Errichtung einer Bundesstreitkräfte, die Umwandlung der „Voix du Peuple“ („Volksstimme“) in ein Tagesblatt; Generalstreik.

Schweiz. Der schweizerische Gewerkschaftsbund zählte nach der soeben veröffentlichten Gewerkschaftsstatistik Ende 1905 40 796 Mitglieder gegen 30 279 Ende 1904 in 32 Verbänden; neun weitere Verbände, die dem Gewerkschaftsbund nicht ange- hören, zählten 23 509 bzw. 9547 Mitglieder. Die große

Differenz rührt daher, daß in der Gewerkschaftsstatistik die 10 782 organisierten Eisenbahn- und Dampfschiffangestellten nur für 1905 mitgezählt wurden. Insgesamt waren Ende 1905 64 805 Arbeiter und Angestellte gewerkschaftlich organisiert. Heute dürften es deren über 70 000 sein.

Feuilleton.

Aus Limoges.

Eine Obstruktion auf dem Wasser.

Oben waren wir in der Kathedrale gewesen und hatten neben den alten, herrlichen Emaillegemälden, deren Ursprung bis ins 14. Jahrhundert zurück reichen soll, die prachtvolle innere Architektur des alten gotischen Domes bewundert. Was uns dabei zumeist auffiel, das waren die vielen kopflosen Gestalten, die als Säulenskulpturen die Orgelempore und die Kanzel zierten oder die steinernen Sarkophage der dort ruhenden Bischöfe schmückten. Man sagte uns, alle diese steinernen Heiligen hätten ihre Köpfe schon zur Zeit der großen Revolution eingebüßt, damals als die endlich freier sich führende Masse in die Kirchen stürmte und an den Steinen die Wut sich austoben ließ, die die jahrhunderte alte Schandwirtschaft der Pfaffen im Volke angehäuft hatte.

Nun standen wir draußen auf dem Sonnen durch gluteten Platz. Die Besperglocke läutete und an uns gingen einige Geistliche vorüber. Wir verloren uns in die steil abfallenden, engen Gäßchen. Hier war das alte Limoges. Hunderte von Jahren gingen über die Stadt schon hinweg und reich ist ihre Geschichte. Ehedem war sie bekannt durch die Frömmigkeit der Bewohner und weit drang der Ruf ihrer Klöster. Mancher Papst entstammte Limoges. Heut aber lebt in den Mauern dieser Stadt der Geist einer gesunden Opposition gegen kirchliche und weltliche Heuchelei. Die Klassengegensätze treten kraß zu Tage und — sie werden von den Arbeitern empfunden. Wir sollten davon bald ein ergötzliches Beispiel zu sehen bekommen.

Wir flogen durch die alten Gäßchen hinunter. Da floß die Vienne und vor uns lag die alte Brücke mit ihren antiken steinernen angebröckelten Bögen und dem primitiven Fahrdamm, über den sich wohl schon viele viele Jahrhunderte hindurch der Verkehr wälzte. Als wir auf der Brücke standen, bot sich uns ein herrlich schöner Anblick. Wir sahen den Fluß aufwärts. Nicht weit von der alten Brücke erhob sich dort der Pont neuf — die neue Brücke — ein Kühnes Bauwerk mit schwungvollen Bögen. Rechts flogen die Ufer ziemlich steil auf, dicht besetzt mit den malerischen Häusern des alten Limoges. Da ragte auch ein neuer Kirchenbau auf, dicht neben der Kathedrale. Und unter den Häusern nah am Wasser ziehen sich Leinen von einer Stange zur andern. Dort trocknen die limoger Frauen ihre Wäsche. Der feichte Uferstrand wird zur Waschstätte.

Nicht übermäßig schnell fließen die ziemlich flachen Wasser der Vienne. Aber wohl immer spiegelt sich in ihnen der herrliche blaue Himmel, der an jenem Tage uns erfreute. Leise zitternd zogen die kleinen Wellen unter der Brücke fort und flimmernd und tanzend glitten die Strahlen der Julisonne über sie hin.

Man sagte uns, es gäbe in der Vienne viel Fische und eine alte Fischerzunft mache sich diesen Reichtum zu Nutzen. Dort auf dem rechten Ufer, links von uns, hatten sie ihre Häuschen, schon mehr Hütten. Flach fiel das Land dort ab. Es sind alte, dürftig aussehende Häuschen, mitunter schon baufällig, klein und selten ein Stockwerk hoch. Echte Proletarierhütten. Und schwer ist der Beruf der Fischer und nicht zu reichlich ihr Einkommen. Auf flachen Booten, die schon mehr kleine Fahren sind, fahren sie ihr Gebiet ab. Ruder sind übermäßig und eine lange Stange, häufig mit einem Überhaken versehen, ist Ruder und Steuer zugleich. Und höchst staunenswürdig und an die Gewandtheit der venetianischen Gondeliere erinnernd ist die Geschicklichkeit, mit der diese einfachen Fahrzeuge von den limoger Fischern geleitet werden. Es fehlte uns nicht an Leuten dafür.

Es war der 14. Juli, der erste weltliche Feiertag des republikanischen Bürgertums. Am 14. Juli 1789 fiel die Bastille und ihr Fall leitete die Zeit der „Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit“ ein. An jedem öffentlichen Staatsgebäude Frankreichs findet man diese schönen Worte, aber — sie stehen auch nur an den Gebäuden und sie scheinen dort für alle Ewigkeit versteinert zu sein. Der 14. Juli soll ein Volksfeiertag sein und Spiele aller Art werden veranstaltet, jede Freiheit ist dem „Bürger“ gestattet. Die Schulen sind geschlossen, vormittags finden Militärparaden statt, nachmittags konzertieren die Kapellen auf den freien Plätzen und abends gibts Feuerwerk, Bälle — in Paris in den Straßen und auf den Plätzen — und Gratis-Vorstellungen für jedermann in den vom Staat oder den Gemeinden unterstützten Theatern.

Auf der Vienne hielt man nachmittags eine Regatta ab. Erst starteten die Fischer in ihren breiten flachen Booten. Dem Sieger unter ihnen gibt man einen Preis von 80 Franks, den die Stadt bezahlt. Nach dem Fischerbootrennen findet ein Wettlauf zwischen Rennbooten statt. Da kommen Bourgeoisöhnchen in Betracht. Und ihnen zahlt die Stadt 150 Franks als Gewinnprämie! So betätigt sich in der Bourgeoisrepublik die Gleichheit und Brüderlichkeit. —

Wir schlenderten am Ufer entlang. Vor den Fischerhütten saßen die alten Frauen auf Stühlen, Brettern und Schemeln. Die Häuser waren wie aus gestorben. Alles war auf den Beinen und hockte oder stand am Ufer, spannend aufs Wasser hinaus sehend und den Beginn der Regatta erwartend. Hin und wieder stand zwischen den Häuschen eine Weinschänke. Dann war am Ufer eine kleine dürftige Laube errichtet. Die Tische standen voll Gläsern und Flaschen. Junge und alte Leute, Burschen und Mädchen drängten sich in der Laube zusammen, scherzend, trinkend und diskutierend. Ein buntes, anziehendes Leben herrschte dort unten und eigenartig und schön, wie die ganze Umgebung, waren die stets wechselnden Bilder und Gruppen, welche dieses fröhliche Menschengewimmel schuf.

Das Wasser lockte und man brauchte uns nicht viel zu zureden; bereitwilligst vertrauten wir uns einer kleinen Bootsfähre und ihrem sachkundigen Führer an, um uns das Schauspiel vom Wasser aus an zu sehen. Beide Ufer waren dicht mit Zuschauern besetzt und an der Brüstung der neuen Brücke, wo der Wettlauf beginnen sollte, war ein Kopf neben dem anderen zu sehen. Auf dem Wasser tummelten sich die Fischer mit ihren flachen Booten. Scherzworte flogen hin und her, und hier und da wurden auf eigene Faust kleine Wettfahrten unternommen. Wir mußten die Bahn frei machen und legten am linken Ufer an. Von dort hatten wir einen freien Blick über das Renngebiet. Raum hielten wir, so legte sich ein anderer Kahn Bord an Bord mit unserem. Eine Frau in mittleren Jahren, nicht zu mager und mit einem kleinen stattlichen Schnurrbartchen auf der Oberlippe, führte ihn. Es war eine Wassermarkentenderin; sie führte Wein und Bier und auch ein Glas mit sich. Das Glas wurde auf Wunsch in in den Fluten der Vienne ausgespült.

Doch unsere Aufmerksamkeit wurde bald von anderer Seite in Anspruch genommen. Oben vor dem Bootshaus der Rennbootleute machte sich eine lebhaftere Bewegung bemerkbar. Ein Pistolenschuß zerriß die Luft. Das war das Zeichen zum Beginn der Regatta. Die Fischerboote lösten sich von den Ufern, sie wendeten auf der Mitte des Wassers um und schnell schossen die breiten Fahren dem Pont neuf zu. Dort sammelten sich die Boote, stellten sich in einer Reihe auf und warteten des zweiten Schusses. — Wieder peitschte der Pistolenschuß durch die Luft und spannend richteten sich die Augen Aller auf die Boote. Diese aber, anstatt vor zu schießen, wurden von ihren Führern gegen das Bootshaus gelenkt und in lautem Protest sagten die Fischer ihr Rennen auf. Sie wollten nicht für einen Pappenstiel sich jagen um dann zu sehen, wie die Söhne der Reichen das Vielfache von dem erhielten was sie bekamen. Und unter Rufen und lautem Hohn gelächter wendeten sie ihre Boote und fuhren dem rechten Ufer zu. Dort standen ihre Angehörigen, die mit lebhaftem Beifall die Obstruierenden empfingen. Auf dem linken Ufer herrschte zuerst Verblüffung, Ueberraschung und Staunen. Dann aber brach auch dort der Spott über die Rennleiter und der Beifall für die Fischer durch. Vor dem Bootshaus war die Verwunderung über das was drunten auf dem Wasser passierte am größten. Kopfschüttelnd und ratlos sah man dem unerwartet gekommenen Ausbruch der Opposition zu. Bald aber begann die Kapelle die Marschallaise zu spielen. Raum erklangen die ersten Takte, da erhob sich drüben in den Reihen der Fischer der Gesang der „Internationale“ und feindlich, sich widerstrebend, begegneten sich die Töne beider Melodien auf dem Wasser. Aber der Gesang der Fischer fand auch auf dem linken Ufer ein Echo und bald verstummten die Klänge der Marschallaise vor dem kräftigen und begeisterten Refrain der „Internationale“. —

Nun versuchte man es mit den Rennbooten. Die jungen Herrchen wollten ewig nicht fertig werden. Ihre Mienen brückten Bekommenheit, Zweifel, hin und wieder auch einen gewissen Ingrimm und Haß aus. Schließlich traten sechs Boote an. Wieder peitschte ein Pistolenschuß auf. Die Boote schossen los, dem Ziel, das vor der alten Brücke lag, entgegen. Am linken Ufer lagen die Fischerboote bereit. Als die Gondeln dem Ziele — eine schwimmende Fahne — sich näherten, schossen die breiten Fischerboote dazwischen. Man drängte die Rennboote seitwärts, riß das Ziel um und nahm einzelne Boote, deren Insassen wohl den besonderen Groll der Fischer erregt haben mußten, zwischen zwei Fischerfahnen und unter dem Jubel und dem Hohn gelächter der Menge brachte man sie gefangen ans rechte Ufer. Ein Wider-

stand half nicht, die dünnen Boote kamen höchstens in Gefahr, von den festeren Fischerbooten zerdrückt zu werden.

Und diesen Kampf, der an sich so überaus harmlos war, der aber doch mit einer gewissen Erbitterung von beiden Seiten geführt wurde, begleitete unausgesetzt der Gesang der „Internationalen“.

Erst eine geraume Weile nachher ließ man die Gefangenen frei, die dann schleunigst das andere Ufer und das Bootshaus zu erreichen suchten. Fluchend und vor Grimm blaß im Gesicht zogen die Herrchen ihre Boote aus dem Wasser und schafften sie ins Trockene. Mit dem Wettfahren war es für dies Mal zu Ende, jeder Ruhm verloren und mit ihm der Preis.

Oben am Bootshaus aber lehnte sich ein Polizist über den wackligen Lattenzaun und sah hinunter auf das Treiben. Dabei konnte er nur mit Mühe das Vergnügen unterdrücken, das ihm die eben erlebten Vorgänge bereitet haben mochten.

Wir aber flogen wieder hinauf in die Stadt und gingen in den Park Orfan. Dort spielte eine Kapelle lustige Weisen, die jubelnd die Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit in die Welt hinaus zu schmettern schienen. Und dicht dabei fanden wir den Baum, an dessen Fuße vor einem Jahr unser Kollege Camille Barbelle durch die Kugeln der eigenen uniformierten „Brüder“ sein junges Leben aus hauchen mußte. — fz.

Versammlungsberichte etc.

h. Ahlen. In der am 28. Juli statt gefundenen gut besuchten Monatsversammlung kam unter anderem der Antrag Meuselwitz zur Sprache. Die Diskussion ergab, daß die Mitglieder der Ansicht sind, daß der Antrag verfrüht ist und eine so wichtige Einführung einer statistischen Grundlage nicht entbehren darf. Es wird folgender Beschluß gefaßt: Die Zahlstelle Ahlen schließt sich dem Antrag der Zahlstelle Wittenberg in Nr. 80 der Ameise an.

p. Düsseldorf. Die Versammlung vom 28. Juli war von 44 Mitgliedern besucht. Nach dem Kassieren der Beiträge fand die Wahl eines Kartelldelegierten statt, aus welcher Kollege Schiener als Gewählter hervor ging. Nach längerer Diskussion über die Gauleiterfrage, wurde dem Antrage Wittenberg in Nr. 80 der Ameise zugestimmt. Unter Verschließen wurde der Antrag wegen Bestellung des „Sprechsaals“ oder der „Keramischen Rundschau“ abgelehnt.

b. Frankfurt a. M. Die Versammlung vom 28. Juli war von 22 Mitgliedern besucht. Der Vorsitzende bringt zur Kenntnis, daß der Ausschluß des Mitgliedes C. Schneider erfolgt ist. Der Unterstützungsantrag Arnold mußte wegen Umgehung des Arbeitsnachweises abgelehnt werden. Alsdann befaßte sich die Versammlung mit der Berichtigung der Zahlstelle Cassel-Bettenhausen in Nr. 29 der Ameise. Die Versammlung steht auf demselben Standpunkt wie der Verfasser des in Nr. 27 der Ameise veröffentlichten Protokolls und weisen wir den uns von der Zahlstelle Cassel gemachten Vorwurf der Unwahrheit ganz entschieden zurück. Die Zahlstelle Cassel schreibt auf der Entschuldigungskarte wörtlich: „Laut Beschluß unserer letzten Versammlung kann der hiesige Vertrauensmann die Konferenz nicht besuchen, weil wir kein Geld haben. Unsere paar Groschen, die da sind, müssen wir zum hiesigen Gewerkschaftshause beisteuern u. s. w.“ Wir möchten der Zahlstelle Cassel raten, den § 7, Absatz 3 der Agitationsbestimmungen unseres Verbandsstatuts etwas besser durch lesen zu wollen, wo es heißt: „Die Kosten für die Agitation trägt die Verbandskasse u. s. w.“ Für die hiesige Zahlstelle ist die Sache damit erledigt und überlassen wir das Urteil den Mitgliedern. Dann befaßte sich die Versammlung mit der Durchberatung der neuen Statuten des Arbeitsnachweises. Es wurde eine Erhöhung der Lokalbeiträge beschlossen. Zum Antrag Meuselwitz stellt sich die Versammlung auf einen ablehnenden Standpunkt und ist voll und ganz mit den Ausführungen des Hauptvorstandes einverstanden. Zum Schluß werden die Vertrauensmänner des 21. Agitationsbezirks aufgefordert, den Vierteljahrsbericht ein zu senden.

r. Judenburg. Die Zahlstellenversammlung vom 29. Juli wurde in Anwesenheit von 73 Mitgliedern eröffnet. Der Vorsitzende richtet einen kräftigen Appell an die Erschienenen, auch in Zukunft die Versammlung recht zahlreich zu besuchen und mit zu arbeiten, daß die junge Zahlstelle Judenburg die an sie heran tretenden Arbeiten schnell und erfolgreich erledigen kann. Als erster Punkt wurde die Lokalfrage erledigt. Es wurde nach längerer Debatte das Gasthaus „Thüringer Wald“ als Versammlungsort bestimmt. Sodann wurden anpassend an die verschiedenen Arbeitsgruppen Unterkassierer gewählt. Hierauf wurde der Antrag Meuselwitz in Nr. 28 der Ameise verlesen und zur Diskussion gestellt. Alle zu diesem Antrag Sprechenden führten ungefähr aus: „Es sei nicht angängig, jetzt schon weitere 2 Gauleiter anzustellen, da ein abschließendes Urteil über den Nutzen dieser Einrichtung nicht gegeben werden kann. Es liege in der Natur der Sache, daß sich die Probezeit bis zur nächsten Generalversammlung erstrecken muß. Erst dann ließe sich darüber sprechen, ob es zweckentsprechend sei, weitere Gauleiter anzustellen. Die Abstimmung fiel gegen den Antrag Meuselwitz aus und voll und ganz wurde den Ausführungen des Hauptvorstandes in selbiger Nummer der Ameise zugestimmt. Die Gründung einer Bibliothek wurde der Verwaltung überlassen.“

m. Kahla. Wir können nicht umhin, an dieser Stelle die erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß auch einmal in Kahla „Leben in die Bude kommt“, das heißt, die Kahlaer Kollegen haben es anscheinend satt, in dem von gewisser Seite eingeschlagenen Kurs mit weiter zu steuern. Der beste Beweis dafür ist wohl die Tatsache, daß sich die Kollegen aller Branchen in der U.-G. in ihren Personalversammlungen dahin gehend ausgesprochen respektive die Beschlüsse gefaßt haben, der Direktion ihre Wünsche beziehungsweise Forderungen zu unterbreiten. Aber auch der Umstand, daß in der Versammlung weit über 300 Verbandsmitglieder

anwesend waren, ist ein Beweis dafür, daß man der Gewerkschaftsbewegung am Orte mit mehr Interesse folgt, als dies in früheren Jahren der Fall war. Wir wollen aber nicht verfehlen, unsere Genossinnen und Genossen in Kahla zu ermahnen, stets ihrer Pflicht der Organisation gegenüber eingedenk zu sein, ihre Beiträge pünktlich zu begleichen und die Versammlungen regelmäßig zu besuchen. Es ist beides umso mehr nötig, als wir schweren Zeiten entgegen gehen und ein eventueller Erfolg zum größten Teile davon abhängt, daß man es mit einer Arbeiterkraft zu tun hat, welche es im Laufe der Jahre verstanden hat, die Ideen der modernen Arbeiterbewegung nicht nur in die Worte, sondern vor allen Dingen in die Taten ihrer Angehörigen zu verkleiden. Wir hoffen also, daß der nächste Versammlungsbesuch noch ein viel besserer sein wird und möge ein jeder Teilnehmer das in der Versammlung Gehörte zum Nutzen der Arbeiterkraft verwerten. Zum Protokoll wird berichtet, daß entsprechend dem Beschlusse der Versammlung im Juli, nach welchem die Arbeitgeber der hiesigen Betriebe der Porzellanindustrie ersucht werden sollten, allen Arbeitern, soweit dies noch nicht geschehen, Lohnbücher auszuhändigen und dieselben den Arbeitern bei ihrem Weggange eventuell gegen Erstattung des Preises aus zu händigen, die Direktion der U.-G. erklärt habe, daß sie nicht gesonnen wäre, dem Berliner Verbands direkt in die Hände zu arbeiten, denn dieses würde sie zweifellos tun, wenn sie diesem Verlangen statt geben würde. Sie wolle aber versuchen entsprechende Einrichtung zu treffen. Der Kassierer berichtet unter anderem folgendes: Verbandskasse: Einnahme: Beiträge und Eintrittsgelder 4242,85 Mk.; Ausgabe 4189,85 Mk.; Bestand 102,50 Mk. 12 p Ct. - Fonds: Einnahme 642,98 Mk.; Ausgabe 286,62 Mk.; Bestand 406,81 Mk. Vertikaler Unterstützungsfonds: Bestand am 1. Quartal 247,28 Mk.; Ausgabe 7,— Mk.; Bestand 240,28 Mk. Streikmarken wurden verkauft 1458 Stück; Mitglieder sind eingetreten 72; Zugereist sind 25, abgereist 88, abgemeldet 5 und gestrichen wegen Beitragsresten wurden 16 Mitglieder. Dem Kassierer wird einstimmig Entlastung erteilt. — Ihre Ansicht über den Antrag Meuselwitz, eine Mitgliederabstimmung zwecks Anstellung von Gauleitern für unseren Verband betreffend, legt die Versammlung in nach stehender Resolution, welche einstimmig und ohne Debatte zur Annahme gelangte, fest: „Nach Einsichtnahme in das Protokoll und den Erklärungen der Delegierten der letzten Generalversammlung, besteht für den Hauptvorstand in betreff Anstellung weiterer Gauleiter keinerlei Verpflichtung, dem Antrage der Zahlstelle Meuselwitz auf Mitgliederabstimmung statt zu geben und lehnt deshalb die Zahlstelle Kahla eine Unterstützung des Antrages Meuselwitz ab.“ Des weiteren wird berichtet, daß es immer wieder Genossen gebe innerhalb unserer eigenen Reihen, welche den allerdings sehr traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, alles Verhandelte möglichst schnell an die unrechte Stelle zu befördern, oder zu deutsch gesagt, den Denunzianten abgeben. Es ist vorgekommen in letzter Zeit, daß sogenannte Genossen aus dem Versammlungsort direkt in ein Lokal gelaufen sind, wo Kontoristen der U.-G. verkehrten, um diesen alles brüthwarm, aber möglichst wahrheitsungetreu zu berichten. Nun Verbandsgenossen! Wir überlassen es euch selbst, diese Elemente richtig zu würdigen. Unsere Ansicht aber ist diese: Der größte Schuft im ganzen Land das ist und bleibt der Denunziant. Weiter wird von einem Verbandsgenossen berichtet, daß er wegen Denunziation sofort entlassen werden sollte. Der betreffende Genosse wird dahin belehrt, daß die von der Direktion angegebenen Gründe (Wühlerei und Hezerei unter den Arbeitern in der Fabrik) eine sofortige Entlassung durchaus nicht rechtfertigten. Des weiteren wird betont, daß das Gebahren der Direktion der U.-G., das Abkommandieren der Dreherarbeiter, Gieser und Quetscher zu anderen Arbeiten für 2,40 Mk. pro Tag, mit dem Gewerbegesetz nicht in Einklang zu bringen ist, wie ja wohl auch verschiedene Gewerbegerichts-urteile in letzter Zeit zur Evidenz dar getan haben. Der Umstand, daß der Hauptvorstand bei Anträgen auf Krankengeldzuschuß eine Wartezeit von 4 Tagen (wenn ein Sonntag in die 8 tägige Wartezeit fällt) ein-treten läßt, gibt der Versammlung Veranlassung zu reger Aussprache. Die Zahlstelle kann es als nicht gerecht bezeichnen, wenn der Hauptvorstand einem Verbandsmitgliede, welches in die nicht beneidenswerte Lage kommt, Krankengeldzuschuß beanspruchen zu müssen, mit derartigen Widerwärtigkeiten aufwartet, zumal das Unterstützungsreglement des Verbandsstatuts kein Wort davon enthält, daß der Sonntag als Karenzzeit nicht zu gelten hat. Auch müßte für den Hauptvorstand das Krankenversicherungs-gesetz maßgebend sein. Einem Mitgliede wird, da bei demselben ein solcher Fall vorliegt, aufgegeben, sich an die Beschwerdekommission zu wenden. Schließlich wird auf die Gemeingefährlichkeit der Bleifarben in unserem Berufe hingewiesen. Um aber auch in dieser Beziehung etwas für die in Frage kommenden Arbeiter tun zu können, muß es unsere Aufgabe sein, Material zur Angelegenheit, Bleikrankheit und den Porzellanern, zu sammeln und dieses Material dann zu gegebener Zeit wirksam zu verwerten.

f. Tlofenfurt. Die am 4. August statt gehabte Zahlstellenversammlung beschäftigte sich unter anderem auch mit dem Antrag Meuselwitz. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner gegen eine Mitgliederabstimmung aus. Die gute Absicht der meuselwitzer Genossen wurde vollständig anerkannt, es soll aber eine weitere Einstellung von Gauleitern von der ordentlichen Generalversammlung entschieden werden, da bis jetzt noch nicht einmal eine vollständige Uebersicht über die Tätigkeit und Erfolge des bisherigen Gauleiters Genossen Hoffmann bekannt ist. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Meuselwitz einstimmig abgelehnt. Leider ließ der Versammlungsbesuch wieder viel zu wünschen übrig. Verschiedene Genossen glauben, beim Mausechspiel ihre Interessen als Arbeiter besser wahr nehmen zu können und schwänzen die Versammlung. Man kann sich nur wundern, wo solche Genossen die Mittel dazu hernehmen, da speziell die Betreffenden nur halbe Wochen arbeiten. Wir haben es hier mit einem Individualismus unter den eigenen Mitgliedern zu tun, der auf alle Fälle beseitigt werden muß.

sp. Zöll a. H. Die am 29. Juli statt gefundene Zahlstellenversammlung beschäftigte sich eingehend mit dem Antrag Meuselwitz, eine Mitgliederabstimmung über die Anstellung von Gauleitern betreffend. Diese Angelegenheit erregte eine lebhafteste Diskussion, an der sich mehrere Genossen beteiligten. Alle Redner sprachen einmütig den Gedanken aus, die Versammlung möge auf keinen Fall die Zahlstelle Meuselwitz mit ihrem Antrage unterstützen, sondern diesen glatt ablehnen, was auch einstimmig geschah. Die Versammlung kann es nicht begreifen, daß es sich die meuselwitzer Genossen heraus nehmen, die Beschlüsse der letzten Generalversammlung zu durch brechen. Wir halten es für unsere Pflicht, solche weit

gehenden Angelegenheiten nur auf einer Generalversammlung beraten und darüber beschließen zu lassen, wo sich tief eingreifende und die Verbandsfrage stark berührende Punkte wohl besser entscheiden werden als durch eine Mitgliederabstimmung. Wir sind überhaupt Gegner der Mitgliederabstimmungen, da sie zum größten Teil aus Sensationsmacherie entstehen. Zu was haben wir denn Generalversammlungen, wenn jede Zahlstelle es für nötig halten wollte und könnte, die dort gefassten Beschlüsse zu durchkreuzen? Zuerst wollen wir auf der nächsten Generalversammlung hören, ob die Einführung von Gauleitern für unseren Verband von solchem Nutzen ist, für den sie gehalten wird; dann erst möge man diese weitere Schritte unternehmen. Wir ersuchen alle Zahlstellen, sich unserem Wunsche an zu schließen.

Sterbetafel.

Blankenhain. Kollegin Hedwig Fischer, geb. 1. Juli 1867, gest. 30. Juli 1906.

Hüttensteinach. Armin Baumbach, geb. 22. August 1849 in Siegmundsburg, gest. 4. August 1906, an Gicht. Letzte Krankheitsdauer 8 Wochen.

Schönwald. Karl Dottes, Gießer, geb. 17. Dezember 1874 zu Moschendorf, gest. 31. Juli 1906 an Lungenschwindsucht. Letzte Krankheitsdauer 7 Monate.

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Nachtrag.

Eisenberg. Ko. Paul Rosemann, Fmg., Klosterlausitzerstr. 5.
Friedrichshagen. Wrm. Adolf Koch, Ml., Wilhelmstr. 55.
Hausen. Wf. Josef Ludwig, in Staffelfein. — Ko. Erhard Fuchs, in Unnersdorf (Post Staffelfein).
Magdeburg. Wf. Nikolaus Jenner, Schützenstr. 32.
Neustadt bei Coburg. Schf. Albin Rosmann, G., in Heubisch S.-M., Haus Nr. 76.
Piesau. Schf. Friedrich Falkenstein, Fm. — Ko. Anton Weigel, Ml. — Wrm. Hugo Fiedler, Ml.
Reichmannsdorf. Wrm. Cornelius Kühnlenz, Fm.

Versammlungskalender.

Im eigenen Interesse aller unserer Mitglieder wird darauf hin gewiesen, daß es die Pflicht einer jeden Kollegin und eines jedes Kollegen ist, die von ihren Zahlstellen anberaumten Versammlungen pünktlich zu besuchen.

Amberg. Sonnabend, 18. August, 8 Uhr, auf der Alm.
Berlin II. Sonnabend, 18. August, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Berlin-Moabit. Montag, 20. August, 8 1/2 Uhr, Buttligstr. 10.
Coburg. Sonnabend, 18. August, zur „Himmelsleiter“.
Gera. Sonntag, 19. August, nachm. 3 Uhr, bei Kessler. Bibliotheksbücher mit bringen. Quartalsabschluß.
Goldlauter. Sonntag, 19. August, nachmittags 3 Uhr, bei Kummer, Goldlauter.
Gräfenthal. Sonnabend, 25. August, 8 1/2 Uhr, im Schießhaus.
Hättengrund. Sonnabend, 18. August, 5 1/2 Uhr, bei Aug. Liebermann. Lohnstatistiken vor zeigen.
Ilmenau. Sonnabend, 18. August, zur Rosenau.
Langwiesen. Sonnabend, 18. August, 9 Uhr, im Vereinslokal.
Neustadt bei Coburg. Sonnabend, 1. September, 7 1/2 Uhr, bei Franz, zur goldenen Aue, Auestraße. Lohnstatistiken mit bringen.
Nürnberg. Sonnabend, 25. August, 8 Uhr, im Martorkeller, Webersplatz. Bibliotheksbücher umtauschen.
Oberhausen. Sonnabend, 18. August, im Vereinslokal.
Oberköditz. Sonnabend, 25. August, 8 1/2 Uhr, im Grünen Grunde.
Penzig. Sonnabend, 18. August, 9 Uhr, Hotel zur Krone.
Potshappel. Sonnabend, 18. August, 6 Uhr, im Gasthof zum deutschen Haus.
Roda. Sonnabend, 25. August, 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.
Schirnding. Sonnabend, 25. August, 8 Uhr, bei Friz Kaiser. Lohnstatistiken mit bringen.

Arbeitsmarkt.

Inserate kostenlos. Bei Offerten auf Chiffre muß Porto bei gelegt werden, da sonst die Weiterbeförderung nicht erfolgt.

Schildermaler. Die Berliner Firmen Hans S. Sauter, Brinzenstraße 79 und Alfons Pigner & Co., Oranienstraße 6 sind noch immer gesperrt. Die Verwaltung.

Zwei tüchtige Porzellandreher für elektrotechnische Artikel sofort gesucht. Porzellanfabrik Hermsdorf, Sachsen-Altenburg.

Schriftenmaler für Apotheker-Standgefäße wird gesucht. Näheres beim Arbeitsvermittler Wilhelm Schmalal, Wien V., Leitgebstraße 13, Tür 10.

2 Glasmaler, die auf Beleuchtungsartikel gut eingearbeitet sind, finden dauernde Beschäftigung. G. Liebig, Fürstenberg a. O.

Tüchtiger Maler, firm in Decor und Blumen, sofort in dauernde Stelle gesucht. J. Uhl, Remscheid-Sieringhausen, Gildenwerth.

Terrakottaretoucher, der auch als Former und Abgießer, sowie in Porzellan als Formengießer Tüchtiges leistet, sucht baldigst eine gute und dauernde Stellung. Offerten unter F. R. 26. an die Ameise erbeten.

Porzellandreher, tüchtig in größerem Hohl- und Flachgeschirr, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, baldigst Stellung. Gesl. Offerten unter J. R. 76. an die Ameise erbeten.

Blumenmaler (Franzose), beschäftigt in einem der ersten Ateliers Paris, sucht Stellung als Blumen- oder Mustermaler in Deutschland. Gesl. Offerten unter M. P. an die Redaktion der Ameise erbeten.

Porzellansortierer und Lagerarbeiter sucht gestützt auf gute Zeugnisse, dauernde Stellung. Gesl. Offerten unter J. P. erbeten.

ANZEIGEN.

Quittung. Freiwillige Sammlung für die Ausständigen von Hubbe: Zahlstelle Althaldensleben 22,25 Ml. Firma Carstens Maler 10,50 Ml. Dreher bei Carstens 22,55 Ml. Firma Sauer & Koloff Dreher 1,— Ml. Summa 56,80 Ml. Der Kassierer.

Gaggenau. Am Sonntag, den 19. August, feiern die vereinigten Gewerkschaften Gaggenaus ihr erstes Sommer-Fest verbunden mit Gartenkonzert und darauf folgender Abendunterhaltung. Die Festrede hält Genosse Friz Faß-Pforzheim.

Geschäfts-Anzeigen etc.

Goldabfälle, Flaschen zc. werden angekauft und ausgeschmolzen bei schneller und reeller Bedienung.

Pinself alle Sorten nur bester Qualität. Billige Preise. Streifen- und Borsten-Pinsel zum Goldbrändern. Versandt auch in kleineren Posten empfiehlt **Max König, Kahla S.-A.**

Goldschmiedere, verdicktes Glanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. **Emil Böhme, Eisenberg S.-A.** Aeltestes Geschäft dieser Art.

Goldschmiedere sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher, reeller Bedienung **Martin Kaufmann, Zwickau, Sa., Grimmitzhauerstr. 27.**

Goldschmiedere u. alle goldhaltig. Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei streng reeller Bedienung **Otto Seifert, Zwickau in Sachsen, Ofterweihstr. 18.**

Malerkittel, weiße Drillhosen- und Jacken, Schürzen, Mützen, Pugmesser zc. empfiehlt billigt **E. Koch, Königsee in Thüringen.**

Staubgold * Goldwatte * Glanzgold und alle in der Vergoldung vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Preisen **S. Salomon, Berlin C., Schillingstraße 21/22, Ecke Kaiserstraße.**

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Ml. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-A., Gneisenaustr. 6.**

An die Einzelbezieher der Ameise.

Unseren Mitgliedern, denen die „Ameise“ offen (ohne Kreuzbandstreifen) durch die Post zugestellt wird, diene nochmals zur Kenntnis.

Jede Beschwerde wegen unpünktlichem Eintreffen des Blattes ist in erster Linie an den betreffenden Briefträger oder an den Schalterbeamten des zuständigen Postamts am Orte zu richten. Die Expedition kann gegen das Ausbleiben der durch die Post zustellbaren Blätter nichts tun.

Bei einem Wohnungswechsel am Orte wollen die Einzelbezieher der Ameise die neue Wohnung sofort dem Postboten mitteilen, damit das Blatt an die neue Adresse gelangen kann.

Bei einem Wegzug vom Orte wollen die betreffenden Kollegen ebenfalls das Blatt sofort bei dem Briefträger abbestellen und ferner ihre neue Adresse möglichst bald an Gen. Karl Hunk, Charlottenburg, Rosnensstraße 3, einsenden.

Expedition der „Ameise.“

Herausgeg. v. Verbände d. Porzellan- u. verwand. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion und Verlag: Friz Bietsch, Charlottenburg, Rosnensstr. 3. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 69.